

# Wandel kämpft gegen Profitlogik

Fayad Mulla, Vorsitzender und Spitzenkandidat der Wandel-Partei

© WANDEL

**Wandel existiert seit 2012 als politische Partei und erhält immer mehr Unterstützung im Kampf gegen neoliberale Strukturen. Die Partei setzt sich für ein Grundeinkommen in Österreich ein, das mittels freierwerdender Ressourcen durch die Bekämpfung des Kapitalismus finanziert werden soll.**

**THE GLOBAL PLAYER:** „Wandel“ ist eine Bewegung und eine Partei. Wie kam es zu ihrer Gründung? Was war der auslösende Moment und wie lange hat es gedauert bis der Antritt zur NRW 2019 feststand?

**Wandel:** Unsere Partei gibt es seit 2012. Damals hat eine kleine Gruppe von Menschen zusammengefunden, die genug hatten. Genug vom Würgegriff der Oligarchen, ihrer Lobbyarmeen und deren politischen Handlangern. Die Gründungsmitglieder wollten nicht länger den neoliberalen Wahn und das blinde Profitstreben hinnehmen und haben sich deswegen entschieden, sich mit Hilfe einer neuen Partei zu wehren.

Die Entscheidung als Partei bei Wahlen aktiv zu werden, war relativ schnell getroffen. Warum? Es passiert bereits auf so vielen

Ebenen Wandel – auf der Straße, in Betrieben, etc. Aber im Parlament kommt von dieser Bewegung nichts an. Der Antritt zur diesjährigen Nationalratswahl war ein Prozess, der sich langsam entwickelte. Da Kleinparteien der Antritt zu den Wahlen besonders schwer gemacht wird, war es sehr harte Arbeit. Glücklicherweise sind wir mittlerweile so groß, dass wir diese bürokratische Hürde erfolgreich überwunden haben. Unser Antritt ist ein Zeichen, dass immer mehr Menschen für Wandel bereit sind.

**Warum ein Alleingang? Gab es Versuche mit anderen Parteien oder politischen Listen zu koalieren? Wenn ja, mit wem?**

Es war in der kurzen Zeit nicht möglich, ein tragfähiges Bündnis für diese vorgezogene Neuwahl

zu organisieren. Mittlerweile sind wir groß genug, so dass wir bundesweit antreten und unser neues Zukunftsprogramm zur Wahl stellen können. Darauf sind wir sehr stolz, denn dahinter steckt jahrelange Aufbauarbeit. Für uns spricht, dass wir eine progressive Jungpartei sind: agil in den Ansätzen und mit einem wahren Zukunftsprogramm, das sehr viele Menschen anspricht.

**Neben Klima, Mindestlohn, leistbares Wohnen, mehr Demokratie sind in ihrem Wahlprogramm alle großen Themen dabei, die die aktuellen politischen Debatten dominieren. Einzig das Thema Geschlechtergleichstellung haben Sie ausgespart. Sehen sie da keinen Handlungsbedarf?**

Das stimmt, aber es macht einen gewaltigen Unterschied, ob man nur Mindestlohn ruft, oder so wie wir, sagt, dass es einen Mindestlohn von 2.000 Euro netto und einen Höchstlohn von 5.000 Euro geben soll. Genauso ist es bei den anderen Themen, wo unsere Forderungen viel weitgehender und fortschrittlicher sind und wir im Gegensatz zu den anderen sagen: Nein, die Profitlogik darf nicht mehr über Mensch, Tier und Umwelt stehen. Die Geschlechtergleichstellung ist in all unseren Ansätzen, Ideen und Forderungen selbstverständlich vorausgesetzt und ist bei uns auch im Programmpunkt „Gleich als Menschen“ zu finden.

**Sie wollen ein Grundeinkommen für Österreich. Dieses soll durch Computer und**

**Wissenschaften finanziert werden. Konkret sollen „Roboter die Dinge erledigen, an die wir keine Gedanken und keinen Schweiß mehr verschwenden wollen“. Das klingt utopisch! Tatsächlich nennen sie ihre Vision des Wandels eine „gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Utopie“. Können Sie unseren Leser\_innen die konkreten ersten Schritte zur Erreichung dieser Utopie näherbringen?**

Es geht uns vor allem darum, die Debatte zu ändern. Wir sehen beispielsweise nicht ein, warum es als normal erachtet wird, wenn für Bankenrettungen über Nacht hunderte Milliarden locker gemacht werden, aber für die Rettung unseres Planeten und die Zukunft unserer Kinder es hingegen kein Geld gibt. Wir wollen den Kapitalismus überwinden und die freiwerdenden Ressourcen, die dann nicht mehr für einige wenige Oligarchen sind, für das Gemeinwohl aller einsetzen.

Zudem haben wir Wahlversprechen, die ebenso einen Schritt in die richtige Richtung gehen und heute leider noch immer nicht selbstverständlich sind:

1. Unsere Mandatäre geben ein Viertel ihres Gehaltes an einen neuen Fonds zur Förderung von Demokratieprojekten ab.

2. Wir stimmen mit NEIN bei allen Privatisierungen und Kürzungen im Gesundheits-, Pflege-, Sozial- und Bildungsbereich.

3. Wir veröffentlichen sämtliche Einnahmen und Ausgaben auf unserer Webseite **und nehmen keine Spenden von Firmen.**